

IM GESPRÄCH: INNENMINISTER UND GdP TAUSCHEN POSITIONEN AUS

Personelle Mehreinstellungen bei der hessischen Polizei sind angekündigt!

Gut 14 Tage nach der Vereidigung der Hessischen Landesregierung und Ernennung der ressortverantwortlichen Minister und Staatssekretäre nahm ich im Auftrag von knapp 14.000 Mitgliedern unserer GdP als Vorsitzender die persönliche Einladung von Prof. Dr. Poseck gerne an, zu einem ersten Meinungsaustausch im Ministerium zusammenzukommen. Minister Prof. Dr. Roman Poseck wurde beim Gespräch von seinem Staatssekretär Martin Rößler begleitet. Zudem waren drei weitere Mitarbeiter des M-Büros anwesend. In angenehmer Atmosphäre erläuterte Innenminister Roman Poseck zunächst die Situation, in der sich Gesellschaft und Polizei nach seiner Einschätzung derzeit befinden. Der Koalitionsvertrag, der die Weichen für die innere Sicherheit in Hessen stellen wird, bildet Grundlage des Regierungshandelns. Hinzu kommt natürlich die Haushaltslage. Die Beratungen zum Landshaushalt für das nächste Jahr werden bald beginnen, zuvor wird es höchstwahrscheinlich unumgänglich sein, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Auch seinen persönlichen Werdegang ließ der neue Innenminister im Gespräch nicht außen vor. Interessiert zeigte sich Staatsminister Poseck auch an der Arbeit der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Nicht nur der hohe Organisationsgrad, sondern ausdrücklich auch die auf Bundes- und Landesebene präsenten Statements und fachlichen Anhörungen der Gewerkschaft der Polizei sind ihm bisher nicht verborgen geblieben. Sicherlich bestünden auch gemeinsame Schnittstellen in verschiedenen Themenfeldern. So zum Beispiel bei der Einführung einer Vorratsdatenspeicherung, um u. a. auch die Kinderpornografie und OK besser bekämpfen zu können. Die von Hessen vorgesehene Bundesratsini-



Fotos: GdP/Hessen

Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck, Staatssekretär Martin Rößler und GdP-Landesvorsitzender Jens Mohrherr im Austausch.

tiative unterstützt die GdP ausdrücklich. Die Polizei braucht künstliche Intelligenz (KI) und technische Tools, beispielsweise „hessenDATA“. Die Software „hessenDATA“ ermöglicht eine ermittlungsrelevante Datenauswertung in einem engen zeitlichen Zusammenhang zur Straftat. Neben einer deutlich effizienteren Polizeiarbeit bedeute der Softwareeinsatz praktizierten Opferschutz. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen ihre herausfordernden Aufgaben mit modernen, datenschutzkonformen und harmonisierten Polizeigesetzen erledigen können. Es trägt nicht zur Motivation bei, wenn stets damit gerechnet werden muss, dass Karlsruhe Gesetze kassiert, nur weil diese weder rechtzeitig noch intensiv genug auf Verfassungskonformität geprüft waren. Eine Aufnahme des sogenannten Vermummungsverbots in das Hessische Versammlungsfreiheits-

gesetz begrüßt die GdP ebenfalls ausdrücklich.

Als ehemaliger Justizminister kennt Roman Poseck auch Schnittstellen, die Polizei und Justiz gemäß ihren zugewiesenen Aufgaben haben. Als Leuchttürme fungieren dabei die in Hessen erfolgreich arbeitenden Häuser des Jugendrechts, die nach dem Willen der Koalition ebenfalls ausgebaut werden sollen. Mit Blickrichtung auf die am 14. Februar gestarteten Tarifverhandlungen vereinbarten wir bereits weitere Gespräche.

Innenministerium, Landespolizeipräsidium und der Hauptpersonalrat der hessischen Polizei (GdP stellt die Mehrheit der 17 ordentlichen HPR-Mitglieder) haben den gesetzlichen Auftrag zur vertrauensvollen Zusammenarbeit. Besonders war die Darstellung der derzeitigen Stimmungslage innerhalb der Polizei. Viele Dienststellen (Dienstgruppen), Kommissariate und OEn sind personell am Anschlag.



Unterschriftenübergabe

Ermittlungsgruppen (EGen) gehen auf dem Zahnfleisch. Polizeilicher Nachwuchs möchte nicht in die EGen und wird „zwangsweise“ in die Kommissariate und EGen gesteckt. Folge: Bewerbungen in andere polizeiliche Bereiche folgen auf dem Fuß. Nicht zuletzt die monetäre Schlechterstellung der EGen sowie Kolleginnen und Kollegen in den Kommissariaten (bis zu 4.000 Euro weniger pro Jahr) sind Anreiz. Darunter leidet selbstredend auch die Qualität der Sachbearbeitung. Denn Überbelastung und Druck sind keine Optionen für eine „lupenreine“ Polizeiarbeit.

In einer Pressemitteilung am 4. Februar kündigte Innenminister Poseck zusätzliche Mehreinstellungen bei der hessischen Polizei öffentlich an.

Klar ist: Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen nach Jahren der Umsetzungsprozesse (der durch die Expertenkommission festgestellten Schwachstellen im Polizeiapparat) endlich in Ruhe arbeiten. Dazu gehört es auch, dass offene Disziplinarverfahren schnell beendet werden. Die Attraktivität des Polizeiberufs in Hessen bedarf einer sofortigen und schnellen Optimierung, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei und die sofortige finanzielle Erhöhung der Polizeizulage wären erste Schritte. Verfassungswidrige Besoldung

betrifft alle hessischen Landesbeamtinnen und -beamten. Die Landesregierung muss jetzt schnell einen Lösungsprozess initiieren und wirksame Umsetzungen anstoßen. Wir können und wollen nicht länger warten! Es muss jetzt klar werden, wie die Landesregierung im Lichte der Haushaltsberatungen Abhilfe schaffen will. Die Tarifverhandlungen für Hessen müssen mit den zu erwartenden Abschlüssen ebenfalls eingepreist werden! Klar ist: Hessen darf nicht schlechter abschließen als die Tarifgemeinschaft deutscher Länder! Wir werden dafür gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen kämpfen, dass der Druck auf die Arbeitsgeberseite enorm groß wird! Unsere Tarifbeschäftigten haben einen Anspruch auf Höhergruppierungen. Minister und Staatssekretär zeigten sich nach Darstellung der derzeitigen Eingruppierungswahrheit in der Polizei – die Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen ist in den Entgeltgruppen E 3 bis E 9 eingruppiert – sichtlich betroffen.

Weitere Themen waren die EURO 2024, das polizeiliche Zulagenwesen und die Vergütung von Bereitschaftszeiten. Letzgenannte Thematik wird noch im Februar im Hauptpersonalrat in Erörterungen mit unserem Staatssekretär Martin Rößler münden. Die Zunahme von Gewalt gegen

Polizeibeamtinnen und -beamte ist eine Dauerbaustelle, auf die auch die Landesregierung schaut. Die Aburteilung von Gewalttätern dauert viel zu lange! Der Rechtsstaat muss konsequent handeln, bestehende Rechtsrahmen müssen ausgeschöpft werden. Rechtsbrechern müssen Grenzen gesetzt werden – Urteile sollen abschreckende Wirkung entfalten! Ein klarer Auftrag für die Justiz.

Personalrat HPE übergibt 800 Unterschriften für die „Zulage für geschlossene Einheiten“

Nach dem persönlichen Gesprächsaustausch bot sich die Gelegenheit, in Anwesenheit der stellv. Personalratsvorsitzenden Franziska Walter und dem stellv. Personalratsvorsitzenden Gregor Bader über 800 Unterschriften aus dem HPE zu übergeben. Franziska Walter erläuterte den seit Jahren andauernden Prozess und die Forderung, den geschlossenen Einheiten aufgrund des nicht vorhandenen Dienstplans und der unplanbaren Dienste, oft verbunden mit der Streichung bereits geplanter freien Wochenenden, die Zulage endlich zu gewähren. Gregor Bader ergänzte, dass sich bereits in mehreren personalrätlichen Wahlperioden immer wieder erfolglos damit befasst wurde. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, beispielsweise mit Bayern, hat Hessen hier Nachholbedarf. Gerade für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, deren erste Station nach dem Hochschulstudium das HPE und damit die geschlossenen Einheiten sind, wäre eine Zulage Antrieb für eine mittelfristige Verwendung. Diese braucht es, um professionell den schwierigen Anforderungen in den Einsätzen, die von permanenten Trainingseinheiten abhängig sind, noch besser nachkommen zu können. Minister Poseck bedankte sich gemeinsam mit Staatssekretär Rößler abschließend auch beim Personalrat des Hessischen Polizeipräsidiums für den Einsatz und das Engagement und sagte zu, sich mit dem Zulagenwesen bei der hessischen Polizei intensiv zu befassen.

Jens Mohrherr



Demokratie braucht sichtbare Zeichen der Solidarität!

Deutschland steht auf gegen „rechts“! Endlich! Haben wir alle zu lange weggeschaut, nicht hingehört oder verdrängt? Woher kommt die Politikverdrossenheit und die hohe Anzahl derer, die auch durch Wahlverweigerung das Dilemma sinkender Wahlbeteiligungen allenthalben verantworten?

Der Rechtsruck in Europa ist nicht neu. Despoten, wie in der Türkei und in Ungarn, haben Konjunktur. Sie machen sich mit den Kriegstreibern in Moskau gemein, während ihre Völker mit horrenden Inflationsraten um die täglichen Existenzen, in Istanbul und anderswo, kämpfen müssen.

Der Terror im Nahen Osten hat seit der Existenz Israels nie aufgehört. Wann erinnern wir uns daran? Seit Beginn des Überfalls der Terrororganisation Hamas auf Israel wird vielen von uns erst oder gar wieder bewusst, was „Nahostkrieg“ ist. Auch in der Ukraine herrscht noch immer Krieg. Mitten in Europa. Dauer ungewiss. Berichterstattungen aus Kiew und anderen Städten der Ukraine findet man immer häufiger nicht mehr auf den ersten Seiten der medialen Berichterstattungen. Die „Bundesampel“ in Berlin sorgt durch „ihre teilweise ungeordnete Politik“ mit dafür, dass sich viele Wählerinnen und Wähler von der Politik abwenden. Der Nährboden für radikale, antisemitische und rassistische Meinungsmacher wird damit unbewusst gefördert und die AfD jubelt monatlich über neue Rekorde in Sachen Mitgliedergewinnung. Nicht nur im Osten der Bundesrepublik!

Das ist wahrlich eine schlechte Anamnese für unsere Demokratie! Ist doch die Demokratie die beste Staatsform, wie viele von uns finden! Stimmt mein Befund? Oder sind noch viele andere Gründe verantwortlich dafür, dass wir Demokraten Riesensorge davor haben, dass anstehende Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und in Thüringen einen „rechten Wahlgewinner“ her-



Fotos: M. Lange

vorbringt, der in öffentlichen Bekundungen davon träumt, „als AfD sich Deutschland endlich zurückholen zu wollen“? Zurückholen? In das dunkelste Kapitel Deutschlands? Mir wird bei dem Gedanken speiübel!

Ja, Millionen Menschen in Deutschland und Hunderttausende in Hessen bekunden, dass sie die „Nationalsozialisten“ und „Rassisten“ satthaben. Und die Scharfmacher der AfD natürlich! Das Fass geriet zum Überlaufen, als „Korrektiv“ von den Machenschaften der Rechten berichtete. Geheimplan gegen Deutschland – von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland.

Steht auf, wenn ihr Demokraten seid, rufe ich an einem regnerischen Abend mit über 15.000 Gleichgesinnten in der hessischen Landeshauptstadt! 15.000 Menschen, generationsübergreifend, waren am 25. Januar am Hauptbahnhof in Wiesbaden friedlich zusammengelassen. Unsere GdP-Abordnung konnte sich sehen lassen. Gelbe Westen mit unserem GdP-Stern ließen hier

und da andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Versammlung freundliche Kommentare in unsere Richtung schallen: Die Gewerkschaft der Polizei ist ja auch da. Ja, was denn sonst? Wir sind Mitglied im Wiesbadener Bündnis für Demokratie – seit Langem.

Unser Kurs ist klar: Unsere Demokratie ist alternativlos! Wir wollen mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft! Menschenverachtung und Intoleranz haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Die Freiheit, der Zusammenhalt und die Demokratie in Deutschland stehen auf dem Spiel! Die AfD und andere Verfassungsfeinde planen, Menschen aus Deutschland zu deportieren. Die GdP fordert ihre Mitglieder auf, aufzustehen, mitzugehen und ganz klar NEIN zu sagen! Unsere Kern-DNA ist das Bekenntnis zur Demokratie und damit zu unserem Rechtsstaat!

Wir müssen als Gesellschaft mehr tun, um „Rattenfängern“ und „Meinungsmachern aus dem rechten Spektrum“ kraftvoll entgegenzutreten. Die Gesellschaft darf sich nicht zurücklehnen und abwarten, wie es in und mit unserem Land weitergeht. Gemeinsam sind wir stark! Braune Hetze gegen Ausländer und Andersdenkende durch „sog. Politiker“, die sich in der AfD als „Saubermänner“ generieren, dürfen in unserer Gesellschaft kein Gehör finden! AfD unvereinbar mit GdP: Wer unser Zusammenleben infrage stellt oder angreift, ist bei der GdP unerwünscht! Gleichzeitige Mitgliedschaften in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind nach einem Bundesvorstandsbeschluss der GdP nicht vereinbar. GdP-Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, fordern wir umgehend auf, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen. Sie sind in der GdP ausdrücklich nicht willkommen.

Wir, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), sind eine politische Organisation, die sich unabhängig von Regierungen, Verwaltung-



gen, politischen Parteien und Religionsgemeinschaften für die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten und ehemals Beschäftigten der Polizei einsetzen. Wir bekennen uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und lassen uns von Zielsetzungen leiten, von demokratischen Prinzipien und von den Grundrechten, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind! Wir setzen uns für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von

Staat und Gesellschaft ein. Undemokratische Bestrebungen jeder Art lehnen wir ab! Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiterhin dafür einsetzen, das hohe Vertrauen, das die Bevölkerung in die deutsche Polizei hierzulande hat, zu bewahren und allen Versuchen, die Demokratie zu gefährden, die Gesellschaft zu spalten und die Polizei zu instrumentalisieren, entschieden entgegenzutreten.

Die AfD – eine Gefahr für unsere Demokratie

Nach meiner Ansicht ist die Alternative für Deutschland (AfD) eine menschenverachtende Partei, die sich weder der Demokratie noch der historischen Verantwortung Deutschlands verpflichtet fühlt. Die AfD erteilt der parlamentarischen Demokratie eine Kampfansage. Eine konstruktive parlamentarische Oppositionsarbeit zur Lösung komplexer Probleme findet in der Regel nicht statt. Vielmehr ignoriert sie den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Konsens. Die AfD bietet keine Lösungen zur Bewältigung der nationalen und globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen

Herausforderungen an. Ihr Ziel ist es, mit Provokationen und Inszenierungen medienwirksam aufzufallen und mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie abzuschaffen. Die AfD ist nach unserer Auffassung eine im Kern rassistische, nationalistische, menschenverachtende, demokratie- und gewerkschaftsfeindliche Partei, deren politische Bestrebungen den Grundsätzen und Werten eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates und dem solidarischen Prinzip der Gewerkschaft der Polizei konträr entgegenstehen.

Unsere GdP steht als einzige Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte mit einer klaren Abgrenzung gegenüber der AfD für ihre Werte ein. Menschen- und Grundrechte sind mit uns nicht verhandelbar. Ein Blick in unser Grundgesetz macht deutlich: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die im Mai anstehenden Personalratswahlen sind Ausdruck unserer Demokratie. Ich würde mich freuen, wenn ihr nicht nur von eurem Wahlrecht Gebrauch macht, sondern die Liste der GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten vom 13. bis 17. Mai 2024 wählt!

Jens Mohrherr

KOMMENTAR

AfD – Demokratie, Polizei und der Rechtsstaat

Die demokratische Zivilgesellschaft begehrt auf. Die AfD fällt nun endlich auf breiter Front bei vielen Bürgerinnen und Bürgern durchs persönliche Zumutbarkeitsraster. Es ist genug gehetzt, diffamiert, ausgegrenzt und gespalten worden. Die nicht für möglich gehaltenen Pläne von Potsdam, die durch das Recherchenetzwerk Correctiv ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden, sollten auch dem letzten Gutgläubigen bewusst machen, dass die AfD keine Alternative für Deutschland ist, sondern eine Schande und eine Gefahr für unsere Demokratie. Jeder, der mit dieser Partei sympathisiert, unterstützt ihre rassistischen und menschenverachtenden Ziele. Seit Potsdam gibt es auch keine Ausrede mehr: „Och, das habe ich ja nicht gewusst.“

Da helfen auch die schon fast inflationär gefassten Dementis und Schönredereien bei den immer wieder vorkommenden verbalen, rassistischen und menschenverachtenden Entgleisungen von AfD-Funktionären nichts. Es ist nicht mehr anders zu bezeichnen: Die AfD ist eine von Rassisten und Nazis durchsetzte Partei, die einen anderen Staat will. Sie will rechtsstaatliche Grundprinzi-

pien mit zweierlei Maß anwenden und übersieht dabei, dass dies den Rechtsstaat sofort beenden würde.

Und damit sind wir bei der Rolle der Polizei, die den Rechtsstaat im Zweifel auch mit Gewalt durchsetzen muss. Gar nicht auszudenken, was mit unserer zivilen und rechtsstaatlichen Bürgerpolizei passieren würde. In einem Staat, in dem das Wahlprogramm der AfD Anwendung finden würde, wollte ich niemals Polizeibeamter sein. Ich bin auch überzeugt, dass die gewaltige Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten im Land die Metamorphose von der Bürgerpolizei zu einer zentralen Erfüllungsgehilfin in einem Unrechtsstaat nicht mitmachen würde.

Deshalb bin ich stolz auf meine GdP, die sich schon sehr früh mit klaren Resolutionen und deutlichen Abgrenzungen gegen die AfD positioniert hat. Auch die Unvereinbarkeitsklausel, dass AfD-Mitglieder nicht gleichzeitig GdP-Mitglied sein können, zeugt von Haltung und signalisiert glockenklar in die Öffentlichkeit, für was die GdP steht und für was sie nicht zu haben ist.

Andreas Grün



Fotos: GdP Hessen

Landesvorsitzender Jens Mohrherr bei seiner Rede.

Auftakt zur Tarifrunde 2024

Die aktuellen Forderungen in der Tarifverhandlung mit dem Land Hessen zielen auf eine finanzielle Verbesserung ab. Die steigende Inflation belastet insbesondere die mittleren und unteren Einkommensgruppen, wobei die Preise für Lebensmittel besonders stark gestiegen sind. Um als attraktiver Arbeitgeber zu gelten, muss das Land Hessen konkurrenzfähig bleiben. Der bestehende Tarifvertrag ist zum 31. Januar 2024 ausgelaufen.

nisses auf die Beamtinnen und Beamte.

Übertragung des Tarifergebnisses

Die Gewerkschaften verwenden den Begriff „**Tarif- und Besoldungsrunde**“, da das Ergebnis auch die 105.000 Landesbeamtinnen und -beamten betreffen könnte. Die Forderung besteht: Übertragung des Tarifergebnisses zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger! Unmittelbar von den Verhandlungen betroffen sind etwa 45.000

Die Verhandlungen begannen am 14. Februar 2024 mit der 1. Verhandlungsrunde, wobei wieder viele Vertreterinnen und Vertreter der GdP Hessen lautstark vor Ort präsent waren.

Forderungen

Am 8. November 2023 wurde beschlossen, eine **Erhöhung um 500 Euro** zu fordern, wobei **mindestens 10,5 Prozent** angestrebt werden. **Auszubildende und Praktikanten** sollen eine monatliche Zulage von **260 Euro** erhalten. Diese Forderung unterscheidet sich leicht von den anderen 15 Bundesländern, die am 9. Dezember eine Tarifeinigung erzielt haben, die dem Niveau von Bund und Kommunen nahekommt. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen.

Die hessischen Gewerkschaften betonen den Festbetrag von 500 Euro, um ihre Priorität für die Stärkung der unteren Gehaltsgrup-

pen zu unterstreichen. In der Praxis macht es keinen Unterschied. Das bedeutet, wenn 10,5 Prozent weniger als 500 Euro ergeben, bleibt die Forderung bei 500 Euro.

Die Gewerkschaften haben zusätzliche Erwartungen formuliert, darunter die Bereitschaft des Landes, nach Abschluss der Tarifrunde Verhandlungen zur Aktualisierung der Entgeltordnung zu führen. Weitere Erwartungen betreffen u. a. die Umwandlung der Jahressonderzahlung in ein zusätzliches, volles dreizehntes Monatsgehalt, einen Freizeitausgleichstag für ehrenamtliches Engagement für Gewerkschaftsmitglieder, eine Gefährdungszulage für Wachpolizeibeschäftigte und die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergeb-



Landesbeschäftigte in verschiedenen Bereichen wie Landesdienststellen, Ministerien, Justiz, Finanzamt, Universitäten, Forstämter, Straßen- und Verkehrsmanagement (Hessen Mobil), Schulen und natürlich Polizei.

In Hessen verhandeln die DGB-Gewerkschaften ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Hinzu kommt noch aus Berlin die dbb-Tarifunion.

Verhandlungsführerin ist die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Die GdP Hessen wird bei den Tarifverhandlungen durch die Tarifkommission vertreten, der neben dem geschäftsführenden Landesvorstand auch GdP-Vertreter aus allen Bezirksgruppen angehören. Die finale Verhandlungsrunde wird vom 14. bis 15. März 2024 stattfinden.

Markus Hüschent





Mitbestimmung – nur mit uns!

Das war das Motto des ersten Mitbestimmungsgipfels der GdP. Am 29. und 30. Januar 2024 fand diese neue Form der Veranstaltung großen Anklang in der Gruppe der behördlichen Ansprechpartner. Egal ob Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte oder Schwerbehinderten-

Nancy Faeser, die Bundesvorsitzende des DGB, Yasmin Fahimi, und der Bundesvorsitzende der GdP, Jochen Kopelke, ihre Grußworte. Jeder Redende hatte eigene Schwerpunkte, die ihm oder ihr wichtig waren. Während Frau Faeser auf die Einführung der Ruhegehaltsfähigkeit im Bund

war auch die Botschaft, dass Mitbestimmung keinen Bremsklotz darstellt – im Gegenteil, Sven Hüber sprach deutlich die Botschaft aus, dass gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung eine „Gelingensbedingung“ des Gesamtprozesses darstellt. Hier wurde auch klar das Unverständnis darüber ausgedrückt, dass es bundesweit zwar ein Betriebsverfassungsgesetz gibt, jedoch 17 verschiedene Personalvertretungsgesetze. Dies ist ähnlich den Besoldungsgesetzen nicht nachvollziehbar und für eine gelebte Demokratie hinderlich. Hier kann das Motto nur lauten: „Gleiche Arbeit, gleiche Rechte, gleicher Lohn!“ Auch Jochen Kopelke sprach klare Botschaften an die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes aus. Kernpunkt war dabei auch das Thema „gesunde Arbeit“. Hier liegt einer der Schwerpunkte auf der Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Allen voran ist Schichtdienst im Rahmen einer 41-Stunden-Woche unbestritten gesundheitsschädlich für den Körper. Die Mitbestimmung im Bund, bei den Kommunen und den Ländern ist und bleibt eine Baustelle!

Hauptbestandteile des 1. Mitbestimmungsgipfels der GdP bildeten die vier Fachforen. Hier wurden alle Kernpunkte der Mitbestimmung angetickert, um auch in Zukunft nicht nur handlungsfähig zu sein, sondern auch schlagkräftig für die Beschäftigten agieren zu können. Die Fachforen gliederten sich in die Themenblöcke A (Wir wollen Wahlen gewinnen!), B (Nachwuchs dringend gesucht!), C (Zukunftsmodell Beschäftigtenvertretung) und D (offenes Austauschforum zu Fragen aus der Mitbestimmung). Die Fachforen wurden durch verschiedene Mitglieder aus dem Kreise der Teilnehmer geleitet. Für den Block „Wir



V. l. n. r.: Judith Hausknecht (Bundespolizei), Daniel Klimpke, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Karsten Bech

vertretende und die Vertretende der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, alle hatten eine gemeinsame Botschaft. Demokratie heißt Teilhabe und Teilhabe heißt Mitbestimmung! Für den Landesverband Hessen durften Anja Aßmann als Gleichstellungsbeauftragte sowie Karsten Bech und Daniel Klimpke für den Hauptpersonalrat teilnehmen. Bereits die Anfahrt war aufgrund der noch vorhandenen Auswirkungen des Bahnstreiks besonders.

Wie bei solchen Veranstaltungen üblich, bildeten Grußworte von prominenten Gästen den Beginn des Mitbestimmungsgipfels. Der Journalist Christoph Tiegel (u. a. WDR) eröffnete gekonnt professionell und leitete in die Veranstaltung ein. Nachdem Sven Hüber vom geschäftsführenden Bundesvorstand die anwesenden Teilnehmer begrüßt hatte, sprachen nacheinander die amtierende Bundesinnenministerin

anspielte (in Hessen ist sie es uns, trotz ihrer Überraschtheit, ja noch schuldig!!!), sprachen Yasmin Fahimi und Sven Hüber von den Herausforderungen der Digitalisierung und einer möglichen Transformation der Arbeitswelt und damit auch des öffentlichen Dienstes. Wichtig





wollen Wahlen gewinnen!“ zeichneten die Kollegen Michael Maatz und Jan Vellemann verantwortlich. Hier wurden unter anderem die guten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Eine der Kernbotschaften kristallisierte sich sehr schnell heraus: Der persönliche Kontakt, vornehmlich in Präsenz, ist und bleibt das A und O der Beschäftigtenvertretung. Nur so kann das nötige Vertrauen gewonnen werden, welches sich auch in der Wahlbeteiligung widerspiegelt. „Nachwuchs dringend gesucht“ stand unter der Regie der Bundesjugendvorsitzenden Jenny Otto und des Kollegen Martin Hellweg vom Hauptpersonalrat Niedersachsen. Hier wurde unter anderem das Themenfeld beackert, wie man die Funktion eines Ansprechpartners, egal welcher Fachrichtung, wieder attraktiv für den Nachwuchs gestalten kann. Hierbei spielt unter anderem auch die Personalentwicklung eine große Rolle. Auch sogenannte Exitstrategien sind hier in Betracht zu ziehen, da nicht jeder beginnend in einer JAV über den Personalrat oder die Gleichstellungsbeauftragung in den Ruhestand zu gehen vermag bzw. dies auch möchte. Für das Forum „Zukunftsmodell Beschäftigtenvertretung“ bildeten Sven Hüber und Christian Ehringfeld das Moderatorenteam. Das Thema Zukunft der Beschäftigtenvertretung bietet zahlreiche Herausforderungen. Neben der Digitalisierung

bieten auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz und der Datenschutz weitere Themenfelder, die viele Risiken, aber auch Möglichkeiten darstellen. Die Bundesfrauenvorsitzende Erika Krauschöne zeichnete sich ihrerseits für das offene Austauschforum zu Fragen aus der Mitbestimmung verantwortlich. Hier fand ein bunter Austausch zu allen offenen Themenbereichen statt. Alle Teilnehmer waren gehalten, sich jeweils für einen Tag in einem Fachforum einzubinden. Mit dieser Methodik, dass alle Fachforen doppelt besetzt waren, konnten breit gestreute Ergebnisse erzielt werden, die im Nachgang natürlich durch die GdP weiter genutzt und ausgebaut werden.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Fachforen ging der Mitbestimmungsgipfel mit weiteren Impulsvorträgen in den Endspurt. Unter anderem führte Sven Hüber mit einem Bericht über die Transformation der Arbeitswelt

in einen ersten Austausch ein. Danach stellten die Kollegen aus Niedersachsen ihr Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ vor. Hierfür erhielten sie den Personalrätepreis 2023. Den Abschluss der absolut gelungenen Veranstaltung bildete eine Fishbowl-Diskussion zum Thema „Gemeinsam mitbestimmen“. Denn die wichtigste Botschaft des Gipfels ist, dass es nur gemeinsam gehen kann. Teilhabe und Mitbestimmung könnte man auch mit #wirallezusammen übersetzen. **Daniel Klimpke**



Karsten Bech und Daniel Klimpke

Neuer Jurist bei der GdP Hessen

Liebe Mitglieder,

es ist mir eine große Freude, mich als Ihr neuer Syndikusrechtsanwalt vorstellen zu dürfen. Mein Name ist Manuel Caps und ich bringe eine einzigartige Kombination aus militärpolizeilicher Erfahrung und juristischem Fachwissen mit.

Bevor ich meine Laufbahn als Rechtsanwalt begann, diente ich als Zeitsoldat im Bereich der Militärpolizei, einschließlich anspruchsvollem Auslandseinsatz. Diese Erfahrungen haben meine Entschlossenheit gestärkt, Gerechtigkeit zu wahren und die Belange unserer Gemeinschaft zu schützen. Mit meinem juristischen Hintergrund verfolge ich das

Ziel, nicht nur rechtliche Angelegenheiten zu lösen, sondern auch einen Beitrag zu einem sicheren und unterstützen-



Foto: Manuel Caps

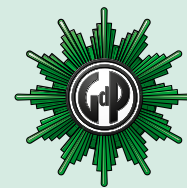
den Arbeitsumfeld für unsere Mitglieder zu leisten. Mein Engagement für Gerechtigkeit und meine Hilfsbereitschaft stehen dabei im Mittelpunkt meiner Tätigkeit. Ich freue mich darauf, Sie in rechtlichen Angelegenheiten zu unterstützen und gemeinsam mit Ihnen die Interessen der Gewerkschaft der Polizei zu vertreten. Zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren, wenn Sie rechtliche Beratung oder Unterstützung benötigen.

Mit kollegialen Grüßen
Manuel Caps,
Rechtsanwalt der
Gewerkschaft der Polizei Hessen
(0611) 99227-20



EIN NEUER LEBENSABSCHNITT STEHT BEVOR

Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand



**SENIOREN
GRUPPE**

Zeit

15. bis 17. Oktober 2024

Ort

Landgasthof und Hotel Bechtel, Willingshausen-Zella

Zielgruppe

Für alle Kolleginnen und Kollegen ab zwei Jahre vor dem Eintritt in den Ruhestand bzw. in die Rente und alle Kolleginnen und Kollegen, die weniger als 24 Monate im Ruhestand sind. Wir bieten euch ein Seminar, in dem ihr viele Informationen bekommt, die für euren neuen Lebensabschnitt wichtig sind, z.B.:

- Vorsorge
- Gesundheit
- Beihilfeänderungen im Ruhestand
- Lebensänderungen und Herausforderungen

Anmeldungen an die Geschäftsstelle des GdP-Landesbezirks Wiesbaden, Tel. (0611) 99227-0 oder über das Kontaktformular www.gdp-hessen.de ■

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden